

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

205 (4.9.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., halbjährlich 9.00 M., durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-1/2 6-8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 138, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 11. Spalte, Kolonelleile od. deren Raum 25 A, zuzügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 9 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Ueberreichung der endgültigen Friedensbedingungen an Oesterreich-Ungarn.

Saint Germain, 2. Sept. Kurz vor 7 Uhr abends erschien der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutafta, im Pavillon Henry IV. Staatskanzler Dr. Renner wurde in Begleitung von Abgeordneter Professor Gürtler und Legationsrat Frankenstein durch ein Auto abgeholt, und Dutafta überreichte im Auftrag der Kommission die Antwort der Friedenskonferenz. Das vorgelegte Dokument enthält folgende sechs Abschnitte: 1. den Begleitbrief des Präsidenten Clemenceau an den Leiter der österreichischen Friedensdelegation, 2. die Antwort der a. u. a. Mächte auf die Bemerkungen der österreichischen Abordnung, 3. den endgültigen Text der Friedensbedingungen, 4. ein Zusatzprotokoll, das die in dem früheren Memorandum enthaltenen Bestimmungen wiederholt, 5. eine Erklärung betreffend die Verteilung von Auskünften über versenkte Schiffe und 6. eine besondere Erklärung betreffend die Aus-, Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zwischen Oesterreich und Ungarn. — Generalsekretär Dutafta überreichte die einzelnen Schriftstücke mit kurzen Erläuterungen und legte sodann eine Verhandlungsschrift vor, in der der Umfang dieser Schriftstücke vom Staatskanzler bestätigt wurde. Hierauf teilte der Generalsekretär mit, daß die Mächte zur Beantwortung eine Frist von fünf Tagen in Aussicht nehmen und ersuchte den Kanzler, sich zu dieser Friststellung zu äußern.

Der Kanzler erklärte, daß die Schwierigkeiten der Verbindung und die große Entfernung und vor allem die parlamentarischen Verhandlungen die Einhaltung dieser Frist als unmöglich erscheinen lassen. Der Kanzler werde sich genötigt sehen, von Wien aus je nach dem Verlauf der Dinge wegen einer Fristverlängerung vorstellig zu werden.

Zusätzlich mit dem offiziellen Exemplar übernahm die österreichische Delegation 15 weitere Stücke des Friedensvertrags. Damit war die Ueberreichung beendet und die österreichische Abordnung kehrte im Automobil in ihr Quartier zurück.

St. Germain, 3. Sept. Was die finanziellen Bestimmungen des österreichischen Friedensvertrages betrifft, so wird in der Antwort der Entente der Wunsch nach Verfestigung der finanziellen Ordnung in Oesterreich ausgesprochen, damit der neue Staat seine, wie gerne anerkannt würde, vernünftige Politik verfolgen könne. Von den beantragten Änderungen werden die folgenden aufgeführt:

Nicht durch Litres repräsentierte Schulden, die aus der Erhebung von Eisenbahnen oder anderen Vermögensobjekten entstanden sind, werden wie hypothekarische Schulden behandelt. Kein Staat, an den Gebiete Oesterreich-Ungarns fallen, kann an den anderen Ansprüche aus den Titeln der Kriegsschulden erheben, die ihm oder seinen Staatsangehörigen gehören. Sonst bleiben die Bestimmungen über die Staatsschulden unberührt. Auch an dem Artikel betr. die Renten und Pensionszahlungen wird keine Änderung vorgenommen. In der Antwort wird versichert, die Reparationskommission werde diese Bestimmungen so handhaben, daß der Zusammenbruch des Kreditwesens vermieden werden kann. Die Antwort enthält auch die Aufforderung, anstelle der österreichisch-ungarischen Bank ohne Verzug eine neue Institution ins Leben zu rufen. In ökonomischer Beziehung wird vorgeschlagen, daß besondere Vereinbarungen über die Lieferung von Kohlen an uns und die Lieferung von Rohmaterialien von uns an den südosteuropäischen Staat und den polnischen Staat getroffen werden. Diese Staaten werden drei Jahre lang überdient keine Gewähr auf die Ausfuhr von Kohlen nach Oesterreich-Ungarn legen und die Ausfuhr einer bestimmten Menge von Kohlen garantieren.

Im Abschnitt Schulden wird zunächst vorgeschrieben, daß rückständige Zinsen der Schulden der deutsch-österreichischen Regierung (soll wohl heißen österreichische Regierung) von Oesterreich nur im Verhältnis getragen werden, in welchem die Kriegsschulden auf den neuen Staat fallen. Die Verträge zwischen Angehörigen der früheren Monarchie bleiben in Kraft. Ausgenommen sind nur die Verträge über die Lieferung von Waren zur See, die vor dem 1. Januar 1917 abgeschlossen sind. Diese Verträge werden annulliert, soweit nicht schon Lieferungen oder Zahlungen stattgefunden haben.

Im Verlehrsweisen wird die Einseitigkeit der Reichsbegünstigung von fünf auf drei Jahre verfürzt. Gegenüber Staaten, denen Gebiete der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie übertragen werden, wird die Einseitigkeit der Reichsbegünstigung fallen gelassen und die Gegenseitigkeit in Bezug auf die früheren Gebiete der Monarchie festgelegt. Das Eisenbahnmateriale soll in rationaler und geordneter Weise liquidiert werden. An der Verteilung der Binnenschiffe durch die von den Vereinigten Staaten zu bestimmenden Schiedsrichter wird festgehalten. Die Bestimmung, daß die Entschädigungen den Anschaffungspreis nicht übersteigen dürfen, ist gestrichen worden.

Auch die sonstigen Artikel betr. Hafen, Wasserstraßen und Eisenbahnen erfordern eine Reihe Änderungen in den Einzelheiten. Der Artikel, durch den der tschechoslowakische Staat ermächtigt wird, Züge über das österreichische Gebiet nach Süden zu führen, hat seine Forderung erfahren. Ein reziprokes Recht auf die Nordbahnstrecke wird uns nicht eingeräumt. Auf dem Donau-Oberdanubial wird daselbe Regime wie auf dem Rhein-Donaukanal angewendet werden. Eine besondere Schlussbestimmung stellt fest, daß in allen Fällen, in denen eine besondere Vereinbarung zwischen den interessierten Staaten vorgelegen ist, Schwierigkeiten, die sich heraus ergeben sollten, solange von den a. u. a. Hauptmächten geregelt werden, bis Oesterreich in den Völkerverbund aufgenommen sein wird.

Pressestimmen.

Die österreichischen Blätter beklagen einseitig, daß die von Sachverständigen eingegebenen Vorschläge des Staatskanzlers Renner durch die Entente bis auf wenige unbedeutende Änderungen abgelehnt wurden und erklären, daß der erste Eindruck der vorläufig ausgearbeiteten Friedensbedingungen nicht befriedigend sei, daß nur die harte Willkür Oesterreich zur Unterzeichnung des Vertrages zwingen kann, den es niemals werde einhalten können. Nachdrücklich betonen die Blätter, daß dem Staatskanzler Renner, der redliche, gute Arbeit mit Eingebung geleistet habe, der Dank nicht nach dem Ergebnis zugemessen werden dürfe. Die ungeliebten Änderungen und Widersprüche des endgültigen Vertrages hätten das Wesen dieses Generalfriedens nicht berührt. Das schmerzliche Bewußtsein, daß Millionen deutscher Volksgenossen in fremde Staaten hineingezogen werden, würde noch durch die Tatsache verstärkt, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs, das sich nicht einmal mehr deutsch nennen dürfe, für unüberwindlich erklärt wird, was mit anderen Worten das ausdrückliche Verbot des Anschlusses an Deutschland bedeutet.

Der Wortlaut des Ultimatum wegen Oesterreich.

Berlin, 3. Sept. Die Note des französischen Ministerspräsidenten Clemenceau, abgefaßt in Versailles am 2. September, angekommen in Berlin am 2. September 4 25 Uhr nachmittags, lautet:

Die a. u. a. Mächte haben von der deutschen Verfassung am 11. August 1919 Kenntnis genommen. Sie stellen fest, daß die Bestimmungen des Artikels 61 Abs. 2 eine förmliche Verletzung des Art. 80 des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages enthalten. Diese Verletzung ist doppelter Art:

1. Indem Artikel 61 die Zulassung Oesterreichs zum Reichsrat auspricht, stellt er die Republik den das deutsche Volk bildenden „deutschen Ländern“ gleich, eine Gleichstellung, die mit der Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist.

2. Indem er die Teilnahme Oesterreichs am Reichsrat zuläßt und regelt, schafft Art. 61 ein politisches Band zwischen Deutschland und Oesterreich und eine gemeinsame politische Betätigung, die vollkommen im Widerspruch mit der österreichischen Unabhängigkeit steht.

Die a. u. a. Mächte erinnern daher die deutsche Regierung an den Art. 178 der deutschen Verfassung, wonach die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch die Verfassung nicht berührt werden können, und fordern die deutsche Regierung auf, gehörige Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung unverzüglich durch Ausrufung des Art. 61 Abs. 2 zu beseitigen. Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen für den Fall der Weigerung und auf Grund des Vertrages selbst (namentlich Art. 492) erklären die a. u. a. Mächte der deutschen Regierung, daß diese Verletzung ihrer Verpflichtungen in einem wesentlichen Punkte die Mächte zwingt, unmittelbar die Anwendung ihrer Weisung auf dem letzten Abschnitte zu beschließen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen, vom Datum der vorliegenden Note an gerechnet, erfüllt wird.

Der Standpunkt der Regierung.

Berlin, 3. Sept. Zu der Ententennote betr. des Artikels 61 Abs. 2 nimmt die Regierung folgende Stellung ein: Die Note verlangt keine Verfassungänderung, sondern nur eine authentische Feststellung, daß der Artikel 61 Abs. 2 der Verfassung nicht in Kraft tritt, solange der Rat des Völkerverbundes nicht einer Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland zugestimmt habe. Diese Feststellung enthält übrigens auch schon der Artikel 178 Abs. 2 der Verfassung.

Zur Forderung des Obersten Rates der Alliierten auf Aenderung der deutschen Reichsverfassung schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ u. a.: Das Ultimatum, das die a. u. a. Mächte der Reichsregierung wegen Oesterreich zugestellt für gut befunden haben, hat in Deutschland allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Diese Entrüstung, die ebensosehr der außerordentlich scharfen Form des generischen Vorgehens wie der Sache gilt, ist nach dem Meinungsaustausch zwischen der deutschen und den gegnerischen Regierungen in Versailles über die Frage eines Anschlusses von Oesterreich an das deutsche Reich nur allzu berechtigt.

Die Auffassung, daß der von der Reichsregierung offen gelassene Anschluß Oesterreichs an das deutsche Reich mit der Achtung der österreichischen Unabhängigkeit vereinbar sei, ist gelinde gesagt, an den Haaren herbeigezogen, denn bekanntlich ist auch in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika Artikel 4 den Anschluß neuer Staaten an die Union vor, ohne daß darin je eine Mißachtung der Unabhängigkeit der Nachbarländer der Vereinigten Staaten erblickt worden wäre. Das Blatt schließt: Der Artikel 61 der Reichsverfassung sehr für Oesterreich ein Recht vor, von dem Gebrauch zu machen oder nicht Gebrauch zu machen ihm freistünde. Zudem haben die gegnerischen Regierungen es in der Hand, Oesterreich dazu zu hindern, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Das ist, was die gegnerischen Mächte von der deutschen Regierung verlangen können, ist somit eine amtliche Erklärung darüber, daß der Artikel 61 der Reichsverfassung von Oesterreich in dem vorliegenden Sinne ausgelegt wird. Eine solche Erklärung hätten sie aber von der Reichsregierung widerstandslos zu erhalten vermocht, ohne daß es notwendig gewesen wäre, ein Ultimatum an sie zu richten und ihr im Einvernehmen alle Maßnahmen anzubieten, zu denen sie nach dem Friedensvertrag nicht berechtigt sind.

Sozialdemokratie u. Gemeindepolitik.

Von Staatsrat Wilhelm Engler-Freiburg i. Br. (Schluß.)

Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat auf die Wirtschaft der Gemeinden einen schlimmen Einfluß ausgeübt. Schon während des Krieges haben sich die Gemeinden in Schulden gestürzt. In den Gemeinden wurde meistens die gleiche verwerfliche Pumpwirtschaft getrieben wie im Reich. Die maßgebenden Kreise haben überall die gleiche Steuersehen bewiesen.

Die gewaltigen Lasten, die das deutsche Reich jetzt zu tragen hat, führen dazu, daß alle wesentlichen Steuerquellen vom Reich erfährt werden. Grundständig ist gegen eine einheitliche Steueranordnung nichts zu sagen. Die Gerechtigkeit erfordert, daß die Steuerleistung, bei gleichen Voraussetzungen, auch überall gleich ist. In der Praxis wird aber eine gerechte Verteilung der Mittel aus der Reichskasse in die Gemeindefassen schwierig sein. Ein Nobis muß aber gefunden werden. Ich würde es aber nicht für richtig halten, wenn die Gemeinden ganz aus der Reichskasse gespeist würden.

Ich habe schon vor einigen Wochen den Vorschlag gemacht, das Reich solle in der Regel den Gemeinden den Betrag geben, den diese im Jahre 1919 durch Steuern, die in Zukunft in Wegfall kommen, aufbrachten. Den Gemeinden sollen ihre Einnahmen aus den Wirtschaftsbetrieben, Liegenschaften, Vermögenssteuer und Gebühren bleiben. Dann sollen die Gemeinden das Recht haben, zu der Reichseinkommen- und Vermögenssteuer Zuschläge zu erheben. Müssen Zuschläge erhoben werden, dann soll auch das Reich einen weiteren Zuschuß geben. Der Anteil des Reiches soll progressiv steigen. Dadurch wird erreicht, daß die Steuerunterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden nicht zu groß werden.

Die Gemeinden haben aber dann einerseits Bewegungsfreiheit für ihre Aufgaben, auf der anderen Seite werden sie dadurch, daß sie selbst einen Teil des Geldes aufzubringen haben, zur Sparsamkeit angehalten. Wenn die Vermögenssteuer, und damit die Besteuerung der Liegenschaften wegfällt, so werden wohl die Gebühren für Kanalbenutzung, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Instandhaltung von Straßen und Wegen, einen weiteren Ausbau erfahren müssen.

Die Gemeinden haben auch ein großes Interesse daran, daß bei der Vermögensabgabe recht kräftig zugegriffen wird, damit für sie mindestens joweit abfällt, daß sie ihre Kriegsschulden bezahlen können. Die Verarmung der Nation und die Kriegsschulden werden lange Zeit lähmend auf die Gemeindeforderungen einwirken. Bei der Durchführung aller Aufgaben macht sich also Geldnot und hohe Preise hinderlich geltend. Vielleicht müssen sich die Gemeinden auch noch mehr am Wirtschaftsleben beteiligen, um sich Geld zu verschaffen. Wir müssen aber unsere ganze Kraft daran setzen, daß die notwendigen Aufgaben nicht leiden.

Unsere Aufgaben in der Gemeinde-Verwaltung

Ueber die einzelnen Aufgaben habe ich kürzlich in einer Broschüre*) meine Auffassung niedergelegt und kann ich mich hier auf Ergänzungen beschränken.

Die Wohnungsfrage ist in den letzten Monaten immer brennender geworden. Neubauten konnten bis jetzt nur in geringem Umfange erstellt werden. Trotz aller Vorbeugungsmaßnahmen sind die Mietpreise ganz bedeutend gestiegen. Der zahlungsmäßige Wohnungsmangel ist in Stadt und Land vorhanden, aber selbst wenn der Mangel an Baumaterialien behoben wäre, könnte nur mit ungeheuren Zuschüssen von Staat und Gemeinden gebaut werden. Es ist ganz unmöglich, die erforderlichen Summen auf diesem Wege dauernd anzubringen, nicht einmal für Neubauten, viel weniger noch für eine Sanierung der bestehenden Wohnungen. Die Gefahr, die uns hier droht, wird auch in weiten Kreisen erkannt, statt aber den einzig richtigen Weg der Sozialisierung zu gehen, sucht man nach allen möglichen Auswegen. Wir Sozialdemokraten stehen in der Wohnungsfrage vor einer schweren Aufgabe. Zuerst müssen wir im Staat um die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen kämpfen und wenn uns das gelingt, in Bezirk und Gemeinde für die rechte Durchführung sorgen. Es sind dabei vier Punkte in das Auge zu fassen:

1. Verhinderung einer Mietpreiserhöhung, die über das Maß dessen hinausgeht, was notwendig ist, um aus den Erträgen der bestehenden Wohnungen das Defizit der neuen Wohnungen zu decken.
2. Ueberführung aller Mietwohnungen in die Verwaltung der Wohnungsbenützer.
3. Abtragung der Wohnungsschulden, damit einmal der Zeitpunkt kommt, wo das Volk frei wohnt.
4. Sanierung unseres Wohnungswezens in ästhetischer, hygienischer und kultureller Beziehung.

Gerade gilt es, in den Gemeinden die bestehenden Vorschriften mit aller Schärfe zu Gunsten der Mieter anzuwenden. Das Zurückweichen der einmal gestiegenen Mieten ist bei unseren Verhältnissen fast unmöglich.

Mit der Wohnungsfrage zusammen hängt das ganze Gebiet der Gesundheitspflege. Ueber diese Fragen ist schon soviel geschrieben und gesprochen worden, daß ich mich auf die Angabe der einzelnen Gebiete beschränken kann. Wächterinnen und

*) Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeindepolitik von W. Engler. In Beziehung vom Verlage der „Vollmacht“ in Karlsruhe i. B. und durch die Parteibuchhandlungen.

Eingangsfrage. Gute Minderjüngung. Regelmäßige ärztliche Kontrolle der Kinder auf ihren Gesundheitszustand. Errichtung von Kinderhorten, Spiel- und Turnplätzen. Schaffung von Badegelegenheit. Errichtung von Waldschulen, Ferienheimen und Erholungsheimen. Die Anstellung von Ärzten. Scharfe Lebensmittellieferung.

Gemeindebetriebe. Gemeindebetriebe sollen Minderbetriebe sein. Auch bei der Einführung der Betriebsräte müssen die Gemeinden zeigen, wie die Rechte der Arbeiter zur Geltung kommen können. Von den Arbeitern dürfen wir dann auch erwarten, daß sie mit dafür Sorge tragen, daß die Gemeindebetriebe mindestens so leistungsfähig sind, wie die Privatbetriebe, es wird dann möglich sein, in den großen Gemeinden immer mehr Arbeiten in eigener Regie auszuführen. Die Gemeindebetriebe sollen den Gemeinden auch Einnahmen bringen, es wird das auch in Zukunft notwendig sein. Das vom Reich in Aussicht genommene Gesetz, welches die Gemeinden ermächtigt, gewisse Betriebe zu kommunalisieren, bringt den baulichen Städten nicht viel neues. Die Lebensmittellieferung wird am besten durch Konsumgenossenschaften gelöst. Eine Beteiligung der Gemeinde ist aber sehr wohl denkbar. Auch an den Wohngenossenschaften der Landwirte können sich die Gemeinden beteiligen. Die Minderjüngung der Städte sollte unbedingt durch Zusammengehen der Stadtverwaltung und Konsumgenossenschaft gelöst werden.

Sozialpolitik. Auf sozialpolitischem Gebiet ist hauptsächlich zu achten auf eine jagdemäßige Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, richtige Vergütung von Arbeitern, Ausbau unserer Armenpflege zu einer Fürsorge für alle Hilfsbedürftigen, Ausfunkserteilung für alle Fragen des öffentlichen Rechts, der Arbeiterversicherung, Arbeitslosen- und Kriegsunterstützungssachen.

Schule und Bildungswesen. Auch hier kann ich kurz sein, da über die wesentlichen Fragen Einigkeit in der Partei herrscht. Die Gemeinden haben das Recht in ihren Leistungen wesentlich über das hinauszuweisen, was der Staat vorschreibt. Wir müssen vor allem verlangen, daß unsere Fortbildungsschulen so ausgebaut werden, daß dort die nötige Zahl von Männern und Frauen, die wir in den verschiedenen Organisationen, in Staat und Gemeinde brauchen, Gelegenheit zur richtigen Ausbildung haben. Dem Volkshochschulwesen ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Bestrebungen von Vereinen, die die Volkshochschule zum Ziel haben, sind zu fördern, dadurch werden alle schaffenden Stände, ob es Arbeiter, Bauern oder Handwerker sind, in ihrem Fortkommen gefördert. Reformbedürftig sind auch die Handels- und vor allem die Gewerbeschulen.

Wo die Frage der Fortbildungsschulen, Fachschulen und Volkshochschulen nicht von einzelnen Gemeinden gelöst werden kann, müssen Gemeindeverbände zusammenzutreten. Für alle Schulen müssen wir die Schulgeld- und Vermittelfreiheit fördern.

Zum Schluß ist noch zu sagen, daß alle Stände durch die Gemeindeförderung erfahren sollen, soweit dadurch die Allgemeinheit Nutzen zieht. Überall, wo sich Gelegenheit bietet, sollen die Gemeinden oder Gemeindeverbände helfen die Produktion zu steigern. Für das Gewerbe kann das dadurch geschehen, daß die Versorgung von Elektrizität überall ermöglicht wird, durch Ausbau der Wasserkraft. Errichtung von Lehr- und Versuchsanstalten. Die Gewinnung von Lebensmitteln kann gefördert werden durch die Abgabe von Ackerparzellen für Gemüsebau an Arbeiter und Angestellte. Bei der Anlage von Gärten sollte auch immer für Bewässerung gesorgt werden.

Die Förderung der Kleintierzucht bei Nichtlandwirten ist nur da zu empfehlen, wo Futtermittel vorhanden sind, die sonst nicht zur Verwendung kommen.

Außerordentlich viel bleibt noch zur Hebung der Landwirtschaft zu tun, in der Anlage von Bewässerung und Entwässerung, Förderung der Genossenschaften zur Ausnützung von Maschinen, Unterstützung von Jugendgenossenschaften usw. Wenn das in Aussicht stehende Siedlungsgesetz für die Gesamtheit des Volkes Nutzen bringen soll, dann ist die Mitwirkung der Gemeinde unbedingt erforderlich.

Arbeit gibt es für unsere Genossen in Stadt und Land und je mehr unsere Genossen in die Verwaltungstätigkeit eintreten, um so größere und geößere Aufgaben werden ihnen gestellt. Wenn

wir in den Gemeinden tüchtig arbeiten, dann werden wir den Ständen am den Sozialismus fest im Volk verankern. Dann wird es uns möglich sein, den Wiederaufbau in Staat und Reich auf sozialistischer Grundlage zu vollziehen.

Prozeß gegen die Geißelmörder.

Wie bereits kurz gemeldet, begann am 1. September vor dem Volksgericht in München der Prozeß gegen eine Anzahl maßgebender Personen der feinerzeitigen Republik, die für das Verbrechen der Erschießung einer Anzahl Geiseln am 30. April im Kuitpold-Gymnasium verantwortlich gemacht werden.

Angeklagt sind 16 Personen. Die beiden Hauptangeklagten, Reich Seidl, Kaufmann aus Chemnitz, und E. G. Hofner aus München, werden je 10 Verbrechen des Mordes, 9 weitere Angeklagte je 8 Verbrechen des Mordes, 2 Angeklagte je 2 Verbrechen des Mordes und drei Angeklagte je 8 Verbrechen der Beihilfe zum Mord bestraft. Seidl wird von den Rechtsanwältinnen Dr. Löwenfeld und Liebknecht, verteidigt. Aus der Feststellung der Verurteilung geht hervor, daß die meisten Angeklagten erheblich vorbestraft sind, u. a. wegen Mordes, Justizterrorismus und Erpressung. Seidl wird als Alkoholik und Sophistiker bezeichnet. Nach der Verurteilung der Jungen, deren ungefähr 100 getötet sind, wurde zuerst der Hauptangeklagte Seidl, der frühere Kommandant des Kuitpold-Gymnasiums, vernommen. Er ist 1894 in Chemnitz geboren, hiesiger Staatsangehöriger und war nie beim Heere. Während des Krieges war er zuletzt in der Pulverfabrik in Dachau beschäftigt, wo er allgemein als der größte Demuzant galt.

Der erste Verhandlungstag wurde ganz von dem Verhör des Hauptangeklagten Seidl in Anspruch genommen. Seidl war Mitglied der Kommunistischen Partei. Er erklärt, er sei im Kuitpold-Gymnasium als politischer Kommandant tätig gewesen, habe eine rein politische Tätigkeit ausgeübt und sei an die Befehle des Oberkommandos, des Volkstrats und der Stadtkommandantur gebunden gewesen. Er bestreitet, Verhaftungen und Festnahmen von Personen von sich angeordnet zu haben. Wer die Verhaftungen der später als Geiseln erschossenen Mitglieder der Kuitpold-Gesellschaft, der Grafen Westarp, des Freier von Seidl, des Kunstmalers Nauhaus, Weide und des Offiziers Dr. Dammann besohlen habe, sei ihm nicht bekannt. Man habe sie wohl in der Absicht verhaftet, Konterrevolutionäre umständlich zu machen. Seidl bestreitet auf Vorhalten des Vorsitzenden hin, sich den Verhafteten gegenüber brutal benommen zu haben. Besondere Mängel für die Vernehmung der Gefangenen hätten nicht bestanden. Einmal habe er von G. Hofner den Befehl bekommen, die Gefangenen im Keller des Gymnasiums unterzubringen. Er habe sich gegen diesen Aufenthaltsort ausgesprochen und auch in einer Nacht veranlaßt, daß sie ins Badzimmer geführt wurden, um sich erwärmen zu können.

Seidl glaubt, G. Hofner habe den Befehl gegeben, die Geiseln der Kuitpold-Gesellschaft in den Keller zu stecken. Davon, daß die Grafen Westarp eine Stunde nach ihrer Entlassung wieder aus dem Keller herausgeführt und daß sie dann verhaftet wurde, weiß er nichts. In der Nacht vom 29. April habe er von Weiden und Leber-Riffen und wahrscheinlich auch von Angelo im Gymnasium Bericht erhalten. Er sei mit ihnen auf ihren Wunsch in den Keller gegangen. Einige Gefangene hätten sich darüber beschwert, daß sie im Keller liegen müßten, worauf Weiden erwidert habe, er sei auch schon in solchen Löhren gelegen, die noch schlimmer gewesen wären, wie dieses. Wenn sie (Weiden und Genossen) eingesperrt würden, würde man sie ebenso behandeln. Seine frühere Aussage, als habe Weiden noch erklärt: „Morgen geht es so wie so um die Erde, es ist überflüssig, sich mit Witten zu befassen“, hält der Angeklagte nicht mehr aufrecht. In seinem weiteren Verhör bestreitet Seidl, einen Befehl an Hofner erteilt zu haben, zur Erschießung zweier Weisgerber, die am Vormittag vor der Erschießung der acht Geiseln erfolgte, Augenbinden herzurichten. Als am Morgen des 30. April ein Notgarbitt in seine Wohnung gekommen sei mit der Nachricht, die zwei Weisgerber hätten auf Befehl des Oberkommandos erschossen werden, habe er gesagt: „Halt die Finger davon.“ Später habe Hausmann erklärt, er trage für die auf Befehl Hofners erfolgte Erschießung der zwei Soldaten die Verantwortung. Am Nachmittag sei ein von G. Hofner unterzeichneter Befehl gekommen, für elf von den Weisgerber erschossenen Sanitätsmännern 20 Geiseln zu erschließen. Er habe daraufhin am Telefon G. Hofner erklärt, er wolle sich ganz entschließen, sich einen unfirmigen Befehl auszuführen, worauf Hausmann meinte, dann wolle er es tun. Als er sah, daß Hausmann daran ging, die Erschießung auszuführen, habe er sofort Entlassungsbefehle für einzelne Gefangene hin-

ausgegeben und dann an die Insassen des Gymnasiums die Aufforderung ausgesprochen, die Befehle auszuführen. Die Befehle seien aus der Erschießung der Geiseln zugehört, sei falsch. Fürst Thurn und Taxis, den er schon wiederholt aus der Haft entlassen hätte, sei ihm kurz vor seinem Tode nicht mehr vorgeführt worden. Demgegenüber hält der Vorsitzende dem Angeklagten eine Reihe von Zeugenaussagen aus der Voruntersuchung vor, die behaupten, Fürst Thurn und Taxis sei von der Exekution weg auf seinen Wunsch nochmals Seidl vorgeführt worden, bei dem er jedoch kein Gehör gefunden habe.

Nach weiteren eingehenden Erörterungen über die Flucht Seidls aus München und seine am 10. Juni in Sachsen erfolgte Verhaftung beendet der Angeklagte sein Verhör mit der Versicherung, am Geißelmord keine Schuld zu tragen. Er habe das Verbrechen in keiner Weise gestiftet.

Sitzung des internationalen Friedensbüros.

Bern, 2. Sept. (Schweiz. Dep.-Ag.) Der Rat des internationalen Friedensbüros besaßte sich am Sonntag und Montag unter dem Vorsitz des Senators La Fontaine-Brüel in vier Sitzungen mit der Fassung der deutschen Passifisten während der Feindseligkeiten und mit der wichtigsten Verantwortlichkeit am Kriege. Der Rat nahm fast einstimmig eine Resolution an, worin er den deutschen Friedenslangweilern bezugnehmend, daß er die Verantwortung Deutschlands und Österreichs am Ausbruch des Weltkrieges unumwunden zugegeben habe und die dem deutschen Heer zur Last gelegten Ausfährungen bemeitelt.

Der Rat beschäftigte sich sodann mit den Ursachen des Weltkrieges und der Verantwortlichkeit am Kriege. Was die allgemeinen Ursachen des Weltkrieges anbelangt, so haben nach Ansicht des Rats alle Völker, besonders die großen, ihren schweren Teil an der Verantwortung, aber Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland und die Türkei haben durch die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, Deutschland und Österreich-Ungarn durch zweimalige Gefährdung des Erfolges der Friedenskonferenz und schließlich Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland dadurch, daß sie den militärischen Schichten eine fast unbeschränkte politische Macht einräumten, einen überwiegenden Anteil an den allgemeinen Ursachen des Krieges auf sich geladen. Ueberdies wären nicht besondere Willensentschlüsse, die aus voller Ueberlegung gefaßt wurden, den Ausbruch der Katastrophe herbeiführt hätten. In dieser Beziehung hat Österreich-Ungarn dadurch, daß es Serbien ein Ultimatum zugehen ließ, dessen Unannehmlichkeit es wollte und mußte, daß es eine schließliche Entscheidung ablehnte und daß auch Deutschland dadurch, daß es in den entscheidenden Tagen das Wiener Kabinett rückfällig unterstützte und an England und Frankreich den Krieg erklärte, eine Verantwortlichkeit für den Krieg auf sich geladen.

Die Vertreter Deutschlands und Österreichs in den Sitzungen des Rats sind Professor D. U. D. München, Dr. Geilberg, Breslau, von Gerlach, Berlin, Edward de Neufville, Frankfurt/Main, Dr. Friedl, Bern.

Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt: Die wahren passifistischen Grundzüge, von denen der Rat des internationalen Friedensbüros spricht, gebieten doch wohl, daß jede Bewähr für unparteiische Gerechtigkeit gegeben wird. Nur eine unparteiische Untersuchungskommission, der alle Archive zugänglich sind und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen, könnte, wie es in den deutschen Weisgerberbetreffend die Verantwortlichkeit an den Ursachen des Krieges heißt, den Versuch wagen, ein Urteil darüber zu fällen, welches Maß an Verantwortung jeder einzelnen Regierung in der von allen Völkern gefürchteten Kriegskatastrophe zuzurechnen ist. Von deutscher Seite wird, wie vielfach schon betont worden ist, alles getan, um das in den deutschen Archiven vorhandene Material der Lösung der Fragen, um die es sich hier handelt, dienlich zu machen. Der Rat des internationalen Friedensbüros aber schließt sich schon einfach dem Urteil an, das die Entente gefällig hat, die doch in der Frage der Verantwortlichkeit selber Partei ist. Ob dieses Verfahren den wahren passifistischen Grundgedanken entspricht, darüber darf wohl gestritten werden und ebenso über die Frage, ob jene deutschen Passifisten, die sich Deutschland gegenüber auf den Standpunkt gestellt haben, von dem aus die Entente ihm den Versailles Frieden diktiert hat, Anlaß haben, auf den Glückwunsch des Rats des internationalen Friedensbüros stolz zu sein.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

62 Nachdruck verboten.

„Sie kriegen alle durcheinander. Sei, dem Leinweber, dem Schmitt, dem Drahtschneider, dem wollte man wohl das Handwerk legen! Der sollte sich unterziehen, politischen Kindern ihr Wort zu verbieten! In den Weinen aufhängen wollte man ihn, ihm die Ohren abzuschneiden, die überall hinhörten! Kömte man ihm nur an den Leib, dem Niemeyer, dem Hund, dem verfluchten Niemier!“

Ein entsetzlicher Lärm entstand. Vergewaltigt warf sich Ewald Hirt über den Tisch und breitete die Arme schützend über seine Gäste, er wurde zur Seite gestoßen, und die Gäste wurden gegen die Wand geschleudert, daß sie klirrend zerfielen.

Lehrer Ruda wählte sich unterdes unruhig in keinem Bett, nun schwante nichts Gutes. Ein Geschrei kam vom Krug her; über die nachtschlechte Dorfstraße drang es weit, bis hin zur Schule. Hilf! Hilf! heilige Mutter, jetzt klana es schon näher! Hört!

„Es lebe Polen!“

„O wohl! Ignaz Ruda widelte sich fester ein, ihn fing sehr an zu frieren. Warum brüllten die so? Müßten die schon etwas? Sie würden doch nicht ihm auf den Hals rücken?“

Ein Stein, plötzlich gegen die geschlossenen Fensterräden der Schulstube geschleudert, war die Antwort. Furchtam zog sich Ruda das dünne Deckbett bis über die Ohren.

„Und, Spitzhute, Salunko, komm her!“

Da fuhr er geschwind aus dem Bett in die Höhe. „Spitzhute, komm heraus, oder wir schmeißen dir die Schuhe über den Kopf zusammen!“

Da schlüpfte er zitternd in die Händepantoffeln. Ein Hagel von Steinen prasselte gegen Boden und Wand. „Woh wie der Tod stand der Lehrer, die Füße klapperten ihm.“

„Du Hundebest, für hundert Groschen würdest du die Seelen unserer Kinder verkaufen! Wir wollen es dir schon beibringen, das Polnisch-Lehren! Komm heraus! In den Hühner werden wir dich tauchen wie die Mädchen beim Dymus! (Dymus oder Smigut: Sitze des Vogelfiebers oder des Unterwandens ins Wasser am zweiten Osterfesttag.) Bei der heißen Mutter, wir tödren es dir!“

Da machte er sich sinnlos vor Angst auf die Füße. Durch das keine Hinterfensterchen der Schlafkammer zwängte er sich, durch eine Ritze des Holzgarnes kroch er und entkam so, hinter den Jalousien her, auf allen Vieren schleichend. Nur mit Sohle und Knöcheln angelast, klopfte er, Zuhilfenahme, an der Hintertür der Propstei.

Die eifrig Kälte der Nacht schmeckte die Trunkenen halb unter Dach. Der Niemeyer war nicht da, und der Lehrer, dem sie an jener Nacht an den Kruggen gewollt hatten, kam nicht heraus; so gaben sie sich zufrieden. Noch einmal lehrten sie in den Krug zurück.

Als Hofman, der Wirt, beim Morgenrauchen, nachdem die letzten Tabakstängel waren, sich in seine Schenke hineingekraut, etwaige neue Erbsen anzusehen, kamte er wohl „Gruß“ schreien und die Hände jammern: das Bild, sein schönes Bild, auf das er so stolz war, war von schwarzen Händen aus arbeitslose Schimpferei! Permittenten die Uniform, die blauen Augen ausstochen! An der Brust des deutschen Kaisers steckte ein polnischer Knippel.

15. Wenn sie auch den Lehrer nicht in den Hühler getaucht hatten, so war ihm doch vor Angst der Schweiß am Leibe heruntergelaufen, wie das Wasser den Mädchen beim Dymus. Er hatte von einer nächtlichen Nacht eine böse Erfahrung davongetragen. Mit picardem Atem hatte er die zwei nächsten Tage noch Schule gehalten. Seine Wangen kahlten wie zwei feurige Röhren, und immer röter wurden sie, immer brennender, denn in der Kieme eines jeden Kindes glaubte er eine verfluchte Drohung zu lesen. Die Knaben mit den dreizehn Lendenknochen und den thürlichen Augen blitzten so unruhig in der Klasse mit, und die Wäbels haben die Schmutzmalen so frech in die Luft — ja, sie alle hatten so Goutte gebrüt: deutsch sollte unterrichtet werden! Und das würden sie sich nicht lassen!

Ein sonderlich großer Respekt vor dem Lehrer war nie vorhanden, aber heute war in den drei Knabenbänken zur Rechten eine ewige Unruhe; in den drei Mädchenbänken zur Linken war nicht gerade eine so offenkundige Respektlosigkeit, aber ein immerwährendes Rischen verirrte Ruda gana. Er fühlte sich machtlos. Es suchte ihm wohl in den Fingern, nach dem Stod zu greifen, aber er konnte sich nicht — will den ihm die Eltern nicht auf den Hals kommen? Seute moanen, nach Be-

dinn der Schule, hatte mit Kreide an der Schürtheil gezeichnet — kaum zu entziffern war das unorthodoxe Gezeichnet —: „Du Hund, wenn du unsre Kinder nicht auf polnisch lehrt, so schloge mir dich tot!“

Wer das wohl geschrieben haben mochte? Es war das rechte Mittel, eine bange Seele ganz zu verunsichern. Ein gewaltiger Schreck war dem Lehrer in die Glieder gefahren. Gewiß, ja, er wollte gern auf polnisch unterrichten, aber da lagen doch die drei kleinen Knabenbänken in der vordersten Bank und saßen ihm verständnislos an mit den Mäulchen, und hinter ihnen tauchte wie ein Riese der Vater auf und drückte mit der Faust: „Deutsch wird gelehrt!“ Und überall, wohin er auch blickte, häuente sich ihm mit erhobenem Finger ein Gepeinig entgegen: die Weibche.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Die Bücherpost. Unter diesem Titel erscheint in Frankfurt a. M., Wilsdorfstraße 74, ein Blatt, das allwöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten unterrichtet. Ueber Bücher und Schriften aus Rechts- und Staatswissenschaft, Politik, Geschichte und Lebensbeschreibung, Kunst- und Literaturgeschichte, Erziehung und Unterricht, Religion, Philosophie, Naturwissenschaften, Haus- und Landwirtschaft, Gartenbau, Heilwissenschaften, Gesundheitspflege, Länderei- und Wälfertunde, Technik, Handel, Verkehrsweisen, Romane, Novellen, Dichtungen, Sammel-Büchereien, Zeitschriften und Sport. Das reichhaltige Blatt kostet im Vierteljahr 1.50 M. Es dürfte zweifellos vielen sehr willkommen sein. Volksbildungsvereine wird es unentgeltlich geliefert.

Welschheit. Von der jetzt wöchentlich in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, erscheinenden „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiter, Frauen und Arbeiterinnen, ist soeben die Nr. 28 herausgekommen. Die Gleichheit enthält jetzt abwechselnd die Beilagen: „Für unsere Kinder“ und „Die Frau und ihr Haus“, kostet vierteljährlich 3.00 M. (Eingelnummer 30 Pf.) und ist im 10. Nachtrag der Postzeitungsliste eingetragen. Aus dem Inhalt der Nr. 28 heben wir hervor: Luise Schroeder: Neues Gisse für Mutter und Kind. — Anna Wulfe: Die Notwendigkeit hauswirtschaftlicher Ausbildung. — Gen. Fähr: Die Sozialisierung der öffentlichen Wohlfahrtspflege. — Hedwig Wachenheim: Kommunalisierung. — Elisabeth Möhl: Tagebuchblätter aus Weimar. — Die Mutter als Erzieherin. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Beilagen.

Ludwig Frank zum Gedächtnis.

Seit vor fünf Jahren fiel Ludwig Frank bei einem Sturmangriff gegen die französische Linie. Wenige Stunden nachdem er zum erstenmal das Gelände der Kampfhandlungen betreten hatte, fiel ihm eine feindliche Kugel. Wenn wir heute, nach fünf Jahren, dieser Tatsache gedenken, so gilt die Erinnerung nicht in erster Linie dem Wehrmann, sondern dem Sozialdemokraten und Politiker Frank. Und da hat die Arbeiterbewegung, besonders die Baden, in Ludwig Frank viel verloren: den glänzenden Redner, den anerkannten gewandten Führer. Frank hätte uns, wenn er am Leben geblieben wäre, während des Krieges und nach der Revolution viel geben können; wir vermissen ihn gar oft sowohl im Reichsparlament wie in der badischen Politik. Gewiß, Ludwig Frank war eine etwas komplizierte Natur und in manchen Fragen nur schwer von vornherein richtig einzuschätzen; Ueberrassungen von ihm waren auch keine nächsten Freunde ausgeartet. Er war eine lebhafte Mischung von glühendem Idealismus und gelegentlicher kühler politischer Rechnung. Aber wie ihn seine Liebe zum deutschen Volke vorzeitig vor die feindliche Schützenlinie trieb, so seine Liebe zum Proletariat und dessen große Mission in die härtesten Kämpfe in der politischen Bewegung. Als er am 3. August 1914 nach der historischen Fraktionslösung im engen Freundeskreis davon Mitteilung machte, daß er sich sofort freiwillig zum Dienst mit der Waffe melden werde, antwortete er auf alle eindringlichen Vorstellungen, Deutschland werde den Politiker Frank nötiger haben, als den Soldaten Frank, daß er nicht hinter der Front bleiben könne, wenn Deutschlands Neuaufbau sich vollziehe. Daß Deutschland innerpolitisch ein völlig anderes nach dem Kriege sein wird, als beim Ausbruch, war auch für Frank klar und sicher, denn an einen militärischen Sieg, wie ihn unsere Amerikaner und große Volkstreue träumten, hat Frank ebensicher geglaubt wie jeder, der wußte, was es heißt, England mit zum Gegner zu haben und einen Krieg nach drei Fronten zu führen. Daß Frank Deutschlands furchtbaren Zusammenbruch und das Elend der Gegenwart nicht mehr zu sehen und zu erdulden braucht, darum ist er zu beneiden; daß es ihm nicht vergönnt war, jene gewaltigen Novembertage 1918 zu erleben an denen das deutsche Volk mit einem einzigen Aufbruch den Sozialismus, den Obristenstaat und die Fesseln der deutschen Reaktion zu sprengen, das ist bedauerlich. Die Geschicke des 9. November bildeten ja auch seine Sehnsucht, womit nicht gesagt ist und gesagt sein soll, daß die Zeit, in der die Befreiungsstunden für das deutsche Volk schlug, die allerschwerste war.

Dem Kämpfer und Führer, der drüben unter französischer Erde ruht, auch heute ein Dankeswort und die Erneuerung ehrenden Gedankens. In unerlöschlichem Mute und innerlichster Arbeit wollen wir das Werk vollenden, das unter härteren Stürmen und Erschütterungen begonnen hat: das deutsche Volk auf die sonnigen Höhen wahrer Freiheit und gesicherter Wohlfahrt zu führen. Damit dienen wir uns selbst und der ganzen Menschheit.

Badische Politik.

Die „Badische Landeszeitung“

hat sich seit gestern eine Aenderung im Titel angeeignet. Während sie sich im Morgenblatt noch „Bad. Landeszeitung mit Handelsblatt“ nennt, überschreibt sie im Mittagsblatt „Bad. Landeszeitung, Organ des national und freiheitlich gestimmten Bürgertums“.

Bekanntlich ist das „freiheitlich gestimmte Bürgertum“ jenseit der „Badischen Landeszeitung“, „demokratisch“ geworden. Da nun aber das „Karlsruher Tagblatt“, das früher „national“ war, auch „demokratisch“ geworden ist, so ist offiziell demokratisch, ist jetzt seit gestern die „B. L.“ „national“. Vermutlich will sie damit die Führer nach der deutsch-nationalen Stammespolitik austreten. Das „deutsch“ kann nun dann später schlimmstenfalls noch einfließen, wenn man die Buchstaben etwas zusammenrückt. Verschiedene Stilblüten des Blattes in letzter Zeit lassen auf diese Entwicklung schließen.

Nachmals: Reaktionäre Propaganda. Zu unserem Artikel in Nr. 200, in dem wir die Antwort des Generalkommandos wiedergaben, schreibt uns ein Arbeiter: Es muß die gesamte revolutionär denkende Arbeiterchaft sonderbar anmuten, wenn das Generalkommando schreibt, daß in den Durchgangslagern kommunistische „Hetzblätter“, die von Gratielieferung ausgeschlossen seien, die Lagerkommandanten jedoch zur Ablehnung allerzeitigen Zeitungen nicht befugt sei. Wenn die demütig denkende Arbeiterchaft mit dem Generalkommando darin übereinstimmt, daß die ultoradikalen Reaktionen das „Hetzblätter“ verdienen, so muß aber doch offen ausgesprochen werden, daß die alldeutschen Zeitungen zum mindesten genau so seien. Unsere Regierung soll und darf keinen Unterschied machen zwischen der Gefahr von links und der von rechts. Die Regierung ist gezwungen, die linksradikalen Elemente zu beschneiden, um unserem armen gewürzten Volk überhaupt das Leben zu erhalten. Wir Arbeiter verlangen aber, daß gegen die Reaktion von rechts der Kampf genau so heftig geführt wird. Mit was für Reizen man es in so manchen militärischen Stellen zu tun hat, sieht und erlebt man täglich. Spartakus wird bekämpft und der Reaktion von rechts der Weg gebahnt. Das Proletariat aber wird, wie immer der Leidtragende sein. Deshalb: gleiche Energie nach rechts wie nach links!

Zur Aufhebung der Zwangsbeziehung. Der parlamentarische Ernährungsbeirat besaß in seiner letzten Sitzung mit den Fragen der öffentlichen Zwangsbeziehung, insbesondere mit den Fragen der Landwirtschaft wegen der Fortdauer der Zwangsbeziehung. Es wurde festgestellt, daß die Zwangsbeziehung schon auf vielen Gebieten aufgehoben ist und sich in der Hauptsache nur noch auf die wichtigsten Lebens- und Futtermittel erstreckt. Die Regierung gab ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß die Zwangsbeziehung, auch soweit sie noch besteht, aufgehoben werden sollte, sobald dies im Interesse der Volksernährung irgendwie beantwortet werden kann. Der völlige Abbau könne jedoch erst erfolgen, wenn das Angebot die Nachfrage zu decken in der Lage ist. Die auf einigen landwirtschaftlichen Versammlungen in letzter Zeit gehaltenen Beschlüsse, die Ablieferungen einzustellen, wenn die Zwangsbeziehung nicht beseitigt oder höhere Preise nicht ausgemittelt wurden, wurde aufs schärfste verurteilt. Die allgemeine Einstellung der Ablieferungen würde zu einem Zusammenbruch der Ernährung und auch der Landwirtschaft zum größten Schaden aus-

schlagen, da dies zweifellos zu Gewalttätigkeiten der hungernden städtischen Bevölkerung und zu Raubzügen aufs Land führen würden. Die vielfach erhobenen Vermutungen, daß nur die Landwirtschaft unter Zwangsbedingungen stehen und daß gegen streikende Arbeiter nichts geschehe, wurden als gänzlich unbedeutend bezeichnet und in letzter Beziehung auf das Einschreiten gegen die Streikbewegungen im Kohlenrevier verwiesen. (Karlsruh. Btg.)

Keine Geschäftsreise für das Herbstfest. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des parlamentarischen Ernährungsbeirats wurde mit Rücksicht auf die zu erwartende gute Herbstobsternte und da die Verbandsbeziehung für die Ausführung aus Baden bestehen bleiben soll, beschlossen, von der Festsetzung von Preisen für Herbstobst, sowie für Obst- und Traubenwein durch die Zentralstellen abzusehen. Gegen etwa einsetzende Preistreiberien soll aber mit allen Mitteln, nötigenfalls durch Wiedereinführung von Höchst- und Höchstpreisen, eingeschritten werden.

Schweizer Brief.

Basel, 1. Sept. Die Agitation für und gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund hat auf der ganzen Linie eingekehrt. Die Volkspartei des Bundesrats für den Eintritt der Schweiz findet in der bürgerlichen Schweizer Presse nicht überall ungeteilte Zustimmung; sie macht aber auch dem Unbefangenen den Eindruck, als ob es dem Bundesrat bei der Sache selber nicht recht wohl wäre. Die oppositionelle Presse will nicht recht begreifen, weshalb man die Schweiz, die doch unter der Neutralität und der Unabhängigkeit bis jetzt ganz gut gefahren sei, in den Völkerbund hineinzwingen wolle. Man ist auch mißtrauisch geworden, daß der Bundesrat sich weigert, den Bericht der Landesverteidigungskommission, der neben dem Vorsteher des Militärdepartements und dem Chef des Generalstabs auch die sämtlichen Korpskommandanten angehört, zu veröffentlichen, der sich gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund ausgesprochen habe. Durch eine eigenhändige Korrektur des Abstimmungsresultats in der Landesverteidigungskommission sei ein für für den Beitritt herausgekommen, dadurch, daß man zwei Stimmen annullierte und diesen nur beratende Stimme zuerkannte. Von acht Stimmen waren fünf gegen den Eintritt und drei dafür, nachdem man aber zwei Stimmen der Gegner ausschaltete, war Stimmengleichheit und durch Stichentscheid des Präsidenten kam dann eine Zustimmung zum Beitritt in den Völkerbund heraus. Der vom Bundesrat der Öffentlichkeit vorenthaltenen Bericht der Landesverteidigungskommission soll im Besitz der Reaktion eines einflussreichen bürgerlichen Blattes sein und bei Eintritt der Abstimmungsstimmung dem Volke zur Kenntnis gebracht werden. Tatsächlich ist die Gegnerpartei zum Völkerbund in bürgerlichen Kreisen größer als man gemeinhin angenommen hat und die Sozialdemokratie ist eine geschlossene Gegnerin des Völkerbundes, jedoch das Abstimmungsresultat bei der bevorstehenden Volksabstimmung ein nicht weniger als gesichertes ist. Die angelegentlichste Verlegung des Stiches des Völkerbundes von Genf nach Brüssel hat das Interesse des Schweizer Volkes am Völkerbund ohnehin schon stark erkalten lassen.

Die französische Propaganda, die bisher im Geheimen schon sehr stark tätig war, hat nun die Maske endgültig fallen lassen und tritt nun offen auf. Sie hat ihr Augenmerk auf die Reichspolitiker in den größeren Schweizerstädten geworfen. Bereits hat sie in Bern, Luzern, Zürich, Winterthur und St. Gallen durch eine neu gegründete Aktiengesellschaft, die mit französischem Gelde schafft, aber in Genf ihren Sitz hat und deren Vorsitzender der Sohn eines schweizerischen Bundesrats ist, eine Anzahl solcher Reichspolitiker an sich gebracht. Nun hat diese Gesellschaft Ende letzter Woche auch das größte Reichspolitikerhaus Basels das Kino Kardinal um den Preis von 120000 Franken erworben und beschäftigt, mit dem Kino noch ein Variete bezu. Kabarett zu verbinden. Dieser französische Propaganda in der deutschen Schweiz kann von anderer Seite nichts Günstigeres entgegengestellt werden.

Die Opposition gegen den Beschluß des schweizerischen sozialdemokratischen Parteitagss nimmt innerhalb der schweizerischen sozialdemokratischen Partei täglich zu. Am letzten Sonntag hielten die Sozialdemokraten des Kantons St. Gallen ihren Parteitag ab, um zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen. Mit 68 gegen 18 Stimmen gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher sich die St. Galler Sozialdemokraten gegen den Anschlag an die dritte internationale aussprechen. Geschlossen wird sich auch die westschweizerische Sozialdemokratie gegen den Anschlag aussprechen, desgleichen auch die Zentralvereine, jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nur Basel und Zürich bei starken Widerständen eine annehmbare Mehrheit aufweisen werden.

Kommunalpolitik.

Heidelberg, 2. Sept. Der Bürgerausschuß nahm einen Antrag des Stadtrats an, daß wegen Lieferung von elektrischer Energie aus dem staatlichen Müllwerke ein Vertrag abgeschlossen und daß die Kosten der nötigen Leitungen und Einrichtungen aus Anlehensmitteln bestritten werden sollen. Ferner nahm der Bürgerausschuß eine Vorlage an, die einen Betrag von 218000 M. verlangte, zur Herstellung von Wohnungen für fremderde Familien in der Büntulstraße. Endlich wurde eine Vorlage angenommen auf Weitergewährung der außerordentlichen Zulagen für die hiesigen Arbeiter und Ausschäftsbeamten.

Essenbach, 2. Sept. Hier ist ein städtisches Spielhaus eröffnet worden.

Aus der Partei.

25 Jahre sozialdemokratische Organisation.

Vörrach, 1. Sept. Am 55. Todesgeburtstags von Ferdinand Lassalle feierte der Wahlverein Vörrach das fünfundsiebenzigjährige Bestehen in einer sehr imposanten Feierlichkeit, an welcher sich die gesamte Vörracher Arbeiterchaft beteiligte; außerdem nahmen zahlreiche Vereine aus dem Wiesent- und Regental an der Feier teil. Auf dem Vorkampplatz sammelten sich die Teilnehmer zum Festzug, der einen imposanten Umfang annahm, denn über 3000 Arbeiter schlossen sich dem Festzuge an, der sich durch die Stadt nach dem Schützenhaus bewegte. Dem Zuge bildete eine nach hinten zählende Volksmenge Spalier. Am Festort begrüßte Landtagsabgeordneter Bösch die Gäste und vor allem die noch lebenden Gönner; er wies auf den großen Ernst der Zeit hin, der zwar zum Festfeiern nicht ansetze, aber einen Anlaß wie dem heutigen könne man nicht stillschweigend übergehen. Aus einem kleinen Häuflein Mutiger, die sich mit Gefahr ihrer Existenz dem Verein angeschlossen haben, sei eine große Zahl geworden, die nun Einfluss habe in Gesellschaft, Gemeinde und Staat. Nach einem Gesangs- und Musikvortrag hielt Arbeitsminister Genosse Müller eine kurze, aber markige Rede, in welcher er einen interessanten Vergleich zog zwischen der damaligen und der heutigen Zeit und auf die gewaltigen Erfolge der sozialdemokratischen Organisation hinwies; zu damaliger Zeit hätte es noch Mut gebraucht, der Sozialdemokratie beizutreten, heute wolle sich alles zur Sozialdemokratie bekennen, die seit dem Zusammenbruch Deutschlands zu seiner Rettung und Wiederanfrischung berufen worden sei, nach dem diejenigen, welche Deutschland dem Untergang und Verderben zuführten, sich seitwärts in die Wüste geschlagen hätten, um auf den günstigen Augenblick zu warten, wieder das Gestirn in die Hand zu bekommen, um von neuem das Banner der Reaktion aufzuspflanzen. Da heiße es für die Arbeiterchaft auf dem Damme

zu sein, den Weg zur Einigung zu suchen und die wirtschaftliche und politische Organisation der Arbeiterbewegung durch Heranziehung der Massen zu stärken, um den errungenen Einfluss in Staat und Gesellschaft nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern. Besonderen Dank gebühre den Veteranen, die das Samenorn gelegt, das so prächtig aufgegangen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Müller seine durch den Eintritt starken Regens gefürzte Ansprache. An diesen offiziellen Teil der Rede schloß sich dann der gefällige Teil, der von der Stadtmusik Vörrach und dem Gesangsverein der Partei bestritten wurde und die Teilnehmer bis zum Eintritt der Dunkelheit zusammenhielt.

Soziale Rundschau.

1. Söllingen, 3. Sept. In seiner letzten Versammlung beschloß der sozialdemokratische Verein, einem längst gehegten Wunsch und einem hauptsächlich zur Zeitgeit dringenden Bedürfnis feste Gestalt zu geben. Die Genossen waren einmütig der Ansicht, daß mit der Gründung eines Konsumvereins nicht mehr länger gezögert werden dürfe. Es wurde eine Kommission gebildet, die die nötigen Vorarbeiten zu leisten hat. In einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung zu der ein in dieser Frage gut orientierter Redner genommen ist, ist jedem Gelegenheit geboten, sich Äußerung zu verschaffen. An die Leser der Parteipresse, an die Arbeiterchaft, an alle Konsumenten ergeht der Ruf: zeigt, daß ihr Verständnis für die Nöte der Zeit, erkennt alle in dieser Versammlung, bringt eure Frauen mit, denn diese geht es hauptsächlich an, sie vor allem werden den Segen eines Konsumvereins am ersten empfinden. Durch Beitritt zum Konsumverein werdet ihr Arbeiter mitwirken, der privaten Ausbeutung, der ihr tagtäglich in allen Gegenständen des täglichen Bedarfs angeheftet seid, zu steuern. Darum stellt euch, wenn in Wäde zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen wird.

Neuer Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

L. r. Mühlern, den 29. August.

Diese Woche tagt hier der achte Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands. Der Kongreß hat eine Fülle von Arbeit zu erledigen, die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Neben der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten stehen mehrere Vorträge allgemeinen Charakters zur Beratung. So wird der Redakteur des Verbandes, Emil Dittmer, das Thema: „Die Sozialisierungsbemühungen in Staat und Gemeinde“ behandeln.

Nach dem Geschäftsbericht des Verbandes für das Jahr 1918 hat der Gemeindearbeiterverband eine starke Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Vor dem Krieg, Ende 1913, betrug die buchmäßige Mitgliederzahl 53925. Diese Zahl ging herunter bis auf 25300 Ende 1916, um auf 60705 Ende 1918 emporzuschwellen. Im laufenden Jahre war die Fortwärtentwicklung geradezu sprunghaft. Am 1. April 1919 konnten 168000 Mitglieder gezählt werden, am 1. Juni war das zweie Hunderttausend überschritten und noch immer weiter steigt die Zahl. Die Statistik vom 1. August weist 232000 Mitglieder auf und gegenwärtig sind 240000 bereits weit überholt, während die Auflage des Verbandsorganes „Gewerkschaft“ nun die Viertelmillion überschritten hat.

Die Stellung der Behörden zum Verband ist seit der Revolution eine wesentlich andere geworden als früher. Um die Anerkennung durch die Behörden hat der Verband harte Kämpfe geführt; jetzt ist sie erreicht. Die Städte sind mit wenigen Ausnahmen den Vereinbarungen der Arbeitgeber und Gewerkschaften beigetreten, wonach die Gewerkschaften als die berufene Vertretung der Arbeiterchaft anerkannt werden. Eine Unterkommission des Deutschen Städtebundes vereinbarte mit Verbandsvorstellern Richtlinien, die beim Abschluß von Tarifverträgen zu Grunde gelegt werden sollen. Wiehen früher die Städte als Arbeitgeber beim Tarifvertragswesen ziemlich unberührt, so sind aber werden heute allorts Tarifverträge mit dem Gemeindearbeiterverband abgeschlossen. Das Jahr 1918 selbst war für die Weiterentwicklung der Tarifverträge nicht günstig. Der Widerstand der Stadtverwaltungen gegen die mit dem Abschluß von Tarifverträgen verbundene reflexe Anerkennung der Arbeiterorganisationen war noch in vollem Umfang vorhanden und wurde erst durch die Revolution gedrohen. Am Schluß des Jahres 1918 befanden sich 145 Tarifverträge, die für 2189 Personen Günstigkeit hatten. Nach einer neuerlichen Feststellung für den Verbandstag sind gegenwärtig 145 Tarifverträge abgeschlossen, davon 106 mit Einzelgemeinden, 3 mit Gemeindeverbänden, 1 mit Zweiverbandsbetrieben, 1 mit Kreisbehörden, 8 mit Provinzialbehörden, 11 mit Staatsbehörden, 4 mit Arbeitgeberverbänden und 16 mit Privat- und sonstigen Betrieben. Mit der Tarifpolitik wird der Verbandstag sich eingehend beschäftigen, der Vorsitzende, Genosse Hermann, wird ein Bild der tariflichen Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben geben.

Die Finanzen des Verbandes haben sich durch die im Wege der Urabstimmung beschlossene Erhöhung der Beiträge im Jahre 1918 günstig entwickelt. Die Gesamteinnahmen betragen 1918 1506370 M., die Gesamtausgaben 1228589 M., so daß ein Ueberschuß von 277781 M. erzielt worden ist. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Jahresschluß 1918 1167049 M. oder pro Kopf der Mitglieder 21,86 M.

Wir werden über die Verhandlungen des Verbandstages berichten.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

18. Aus der Karlsruher Ferienstrafkammer. Der Tagelöhner Emil Veyer aus Albstadt hatte auf einer Fabrik die bereits verfallen war, eine Aenderung vorgenommen, um sie noch einmal benutzen zu können. Wegen Urkundenfälschung und Betrugsverbrechen wurde er zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Der Sortierer Ludwig Mohr und sein Bruder, der Zigarrenarbeiter Karl Mohr aus Destringen, ferner der Tagelöhner Alfred Morlock, ebenfalls aus Destringen hatten eine Feilung nicht mehr gearbeitet und hatten Tabak-Schiebergeschäfte betrieben. Die Feilung wurde nach Mühlheim, wo sie hauptsächlich die Berliner Schieber aufhalten. In Mühlheim lernten die Destringer Veyers den jugendlichen Landwirt Richard Alfons Heisler aus Mühlheim kennen. Dieser teilte ihnen mit, wo sie Tabakvorräte beschaffen könnten. An zwei Stellen verübten die Veyers und Heisler die Feilung. In der ersten feilten sie große Tabakvorräte und tausend Zigarren in die Hände, an der anderen Stelle zwei Tausend Zigarren, 2 fremde Goldstücke und 25 M Silber. Die meisten der gestohlenen Gegenstände formten den Eigentümern zurückgegeben werden. Bei den beiden Mohr wurden 833 M beschlagnahmt. Die Herkunft dieses Geldes ist noch nicht aufgeklärt, die Brüder behaupteten, es gehöre ihrem Vater. Wegen schweren Diebstahls wurde Ludwig Mohr zu 5 Monaten, Karl Mohr zu 6 Monaten, Morlock zu 4 Monaten und Heisler zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Karlsruhe.

hs. Karlsruhe, 1. September.

Zur Auerbahn fand letzten Sonntag die Generalversammlung des Zweigvereins Karlsruhe des deutschen Bauarbeiterverbandes statt. Die von dem Zweigvereinsvorsitzenden Philipp geleitete Tagung war von 88 Delegierten aus 68 Zählstellen besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Berichte, 2. Unser Tarifvertrag und die Vertragsfrage, 3. Behandlung eingelaufener Anträge, 4. Wahl von Ersatzleuten für die ausgeschiedenen Vorstands- und Ausschussmitglieder.

Den Kassenbericht des letzten Quartals gab Koll. Krebs. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 83 188,20 M zu verzeichnen, der eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenüberstand. Die Nebenkasse hatte eine Einnahme von 84 289,24 M und eine Ausgabe von 13 899,74 M.

Koll. Philipp gab sodann einen Überblick über die letzten und noch schwebenden Lohnbewegungen. Er schilderte dabei die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen in einzelnen Orten. Besonders wies er auf das Verhalten des Kassatier Gemeindegewerks hin, der es sogar soweit kommen ließ, daß die Arbeit an 47 Kleinhäusern eingestellt werden mußte, bis endlich nach langen Verhandlungen, wobei die Herren Gemeindegewerks Bogel und Dr. Göhmann eine besonders „arbeitsfreundliche“ Rolle spielten, die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Auch verschiedene Firmen mußten sich trotz anfänglicher Holscharrigkeit schließlich an den Vertrag „gemöhnen“. Die Kollegen müssen gerade in diesen Fragen immer auf dem Damm sein und sich immer unbedingt an den Tarifvertrag halten. Eine aufwändige Agitation muß nun stattfinden, um speziell den jungen Stamm der Organisation gewerkschaftlich heranzubilden. Wichtig ist bei dem Bauarbeiterverband nach wie vor die Organisation der Bauarbeiter sei und nicht die der Führer sei, wie es von gewissen politischen Gruppen behauptet werde. — An den Bericht schloß sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion an, wobei hauptsächlich das Mißtrauensvotum zur Sprache kam, das die Zählstelle Karlsruhe gegenüber dem Gen. Philipp und Duffe feierlich ausgesprochen hatte. Es zeigte sich hier, daß viele Kollegen immer noch nicht Gewerkschaftsbewegung und politische Bewegung auseinanderhalten können. Das damalige Verhalten der Gen. Philipp und Duffe, die die Gewerkschaft nicht zu politischen Demonstrationen mißbrauchen lassen wollten und deshalb sich gegen den Demonstrationsstreik anlässlich der Erziehung Leines wandten, — getreu dem Standpunkt des karlsruher Gewerkschaftsartikels — fand durch nachfolgenden, gegen eine Stimme angenommenen Antrag seine glänzendste Rechtfertigung. Der Antrag lautet:

„Die am 31. August ds. J. in Karlsruhe stattfindende Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Karlsruhe nimmt Kenntnis von dem Mißtrauensvotum der Zählstelle Karlsruhe am 14. Juni d. J. gegen die Kollegen Philipp und Duffe. Die Generalversammlung ist aber der einmütigen Auffassung, daß die beiden Kollegen zu ihrem Verhalten anlässlich des Proteststreiks am 13. Juni ds. J. nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet waren, die Beschlüsse des Gewerkschaftsartikels Karlsruhe durchzuführen und so die Kollegen vor wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen. Die Generalversammlung als nachgebende Instanz weist deshalb das Mißtrauensvotum der Zählstelle Karlsruhe als unbegründet zurück, da die Kollegen Philipp und Duffe vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus nur korrekt gehandelt haben.“

Zu Punkt 2 sprach Kollege Horter. Einleitend gedachte er des Aufschwungs des Verbandes, der nun 400 000 Mitglieder habe, die 500 000 werden hoffentlich in diesem Jahre noch erreicht. Sodann schilderte er die Entwicklung der Tarifverträge. Von den ersten tariflichen Abmachungen des Bundesverbandes ausgehend wies er auf die Schwierigkeiten an dem Zustandekommen der Verträge hin. In immerwährenden Kämpfen gerade im karlsruher Kreis wurden allmählich die Verbesserungen trotz starken Widerstandes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe durchgeführt. Wenn man einen Vergleich zieht zwischen einst und jetzt, so kommt man zu der Einsicht, daß nur gewerkschaftlich gekämpfte Arbeiter den jetzigen Gehalt all dieser Forderungen würdig sind. Nur durch den Zusammenhalt aller Branchen, der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Gipser, Stukkateure usw., die bis 1911 beginnend eine so wichtige Organisation zu schaffen. Wenn es auch manchmal nicht nach dem Herzenswunsch einzelner ginge, so muß dennoch die Gesamtkollektive bei allen Lohnforderungen in Betracht gezogen werden. Koll. Horter schloß hier besonders die Forderungen der Rothlandsarbeiter ein und betonte ausdrücklich, daß im Bauarbeiterverband in Punkt 2 Lohn usw. für alle Mitglieder die gleichen Forderungen aufgestellt werden müssen, sonst käme man niemals zu positiver Arbeit. Zum Schluß unterbreitete Gen. Horter der Versammlung folgende Entschließung:

Die Generalversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe, als Teil des Deutschen Bauarbeiterverbandes, hat beschlossen, auf dem Boden des Tarifvertrages, die verlangt von jedem Arbeitgeber, daß er den Tarifvertrag bis auf das Kleinste zu erfüllen hat und ebenso erwartet sie von jedem Mitglied, daß es Verträge gegen den Tarifvertrag auf das energischste bekämpft.

Das letztere besonders auch deshalb, weil der Tarifvertrag kein Hindernis war, bei steigenden Preisen entsprechende Lohnerhöhungen zu erlangen.

Die Leitung des Vereins erhält den besonderen Auftrag, die Einhaltung des Tarifvertrages scharf zu überwachen und jeden Versuch, daran zu rütteln, sei es von einzelnen Arbeitgebern oder Arbeitern, auf das Schärfste zu bekämpfen.

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Zur Vertragsfrage, die so manchem Kollegen ein Schmerzpunkt sein dürfte, unterbreitete Kollege Philipp folgenden Antrag:

„Die Generalversammlung beschließt, in diesem Jahre den jetzigen Vertrag bestehen zu lassen, aber ab 1. Januar 1920 den Verbandsbeitrag nach den Leistungen unserer Statuten festzusetzen. Der jetzige Lohnzuschlag soll bestehen bleiben.“

In seiner Begründung verwies Koll. Philipp auf den § 26 des Verbandsstatuts, und legte außerdem klar, daß die nunmehr gezahlten Erhöhungen immer und immer nur den Mitgliedern selbst zugute kommen. Es ist notwendig, daß die Finanzen des Verbandes gestärkt werden, um gewappnet zu sein gegen die bevorstehenden Kämpfe. Sobald ein Abbau der Lebensmittel stattfindet, werden auch die Unternehmer erscheinen, und einen Abbau der Löhne verlangen. Zum Schluß betonte er, daß die Vertragsfrage keine Personenfrage sei.

Der Antrag wurde gegen 2 Stimmen angenommen.

Am Anschließ an die erledigte Vertragsfrage beantragte Koll. Horter, daß auch den Angestellten Kollegen die Lohnerhöhung in gleicher Höhe bewilligt wird, wie sie die Bauarbeiter in Karlsruhe ab 28. August bekommen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß die Zählstelle Karlsruhe im beabsichtigt hat, den Beitrag der in der Landwirtschaft beschäftigten Kollegen festzusetzen. Dies geschieht in der Annahme folgenden Antrages:

„Die Generalversammlung beschließt, daß die in der Landwirtschaft beschäftigten Mitglieder einen wöchentlichen Beitrag von 120 M zu zahlen haben. Die Zahl der hierbei in Frage kommenden Kollegen ist bei jeder Markenbestellung unter Namens-

angabe dem Zweigvereinsrat Krebs mitzuteilen. Den Kollegen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, bleibt es aber unbenommen, auch weiterhin die höheren Beiträge zu zahlen.“

Zur Frage des städt. Arbeitsnachweises wurde von den Vertretern der Zählstelle Marsch beantragt, daß der Arbeitsnachweis losgelöst werden solle, weil es für die auswärtigen Kollegen sehr schwer sei, Arbeit auch bei privaten Unternehmern ausfindig zu bekommen. Es wurden Fälle angeführt, wonach Maurer zurückgewiesen worden seien, weil sie nicht in Karlsruhe wohnhaft waren.

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß der Bauarbeiterverband sich erst vor kurzer Zeit dem städt. Arbeitsnachweis angeschlossen habe und die Sache erst in der Entwicklung begriffen sei, wurde der Antrag der Marscher Kollegen zurückgezogen. Jedoch wurde darauf hingewiesen, daß solche Kollegen, denen Schwierigkeiten wegen Zuweisung von Arbeit gemacht werden sollten, sich sofort im Verbandsbüro melden mögen.

Die Frage der Anerkennung einer von den Rothlandsarbeitern eingeleitete Kommission brachte in den letzten Wochen sehr viele Unstimmigkeiten zwischen der Zweigvereinsleitung und den Rothlandsarbeitern mit sich. Um diese unliebsamen Erscheinungen für die Zukunft zu vermeiden, schlug der Vorsitzende unter eingehender Begründung folgenden Antrag des Vorstandes und des Ausschusses zur Annahme vor:

Solange die Kommission der Rothlandsarbeiter aus Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes besteht, soll diese unter folgenden Voraussetzungen anerkannt werden:

- a) Die Rothlandsarbeiterkommission betrachtet ihre Tätigkeit darin, vor allem im Sinne des Statutes des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu wirken.
b) Die Rothlandsarbeiterkommission ist befristet, keine Aktionen und keine Demonstrationen durchzuführen, einzuleiten oder vorzunehmen.
c) Die Rothlandsarbeiterkommission verpflichtet sich, Verhandlungen der Rothlandsarbeiter nur im Einverständnis und im Einvernehmen des jeweiligen Zweigvereinsvorsitzenden einzuleiten.

Dieser Antrag fand einstimmige Annahme, so daß nunmehr der Weg geebnet ist zu einem harmonischen Verhältnis zwischen der Zweigvereinsleitung und den Rothlandsarbeitern und deren eingeleiteten Kommission.

In Erledigung des letzten Punktes der Tagesordnung wurde die Erziehung für die ausgeschiedenen Vorstands- und Ausschussmitglieder vorgenommen. An Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes R. D. v. Wörsch, der dort Bürgermeister geworden ist, wurde der Kollege Daniel Heil von Wörsch und an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Friedl. Weiß der Kollege Georg Verisch von Daxlanden gewählt.

Nachdem die Generalversammlung noch einem Antrag die Diäten auf 18 M festzusetzen, stattgegeben hatte, konnte der Vorsitzende Philipp mit dem Hinweis, daß es nun Aufgabe aller Mitglieder sei, in der Agitation alle Kräfte anzuspannen, und daß es Pflicht der älteren Kollegen sei, im Interesse des weiteren Aufbaues des Deutschen Bauarbeiterverbandes bei den Jüngeren et-gieherlich zu wirken, die sehr sachlich verlaufene Generalversammlung schließen.

Aus dem Lande.

Durlach. Vorstandsrats. Wir machen erneut auf den am Freitag, 5. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ beginnenden Vortrag über Verfassungsfragen aufmerksam und bitten diejenigen Genossen und Genossinnen, die sich bereits eingetragen haben, pünktlich zu erscheinen; daselbst gilt auch für diejenigen, die ohne Anmeldung sich an dem Kurs beteiligen wollen. Der Kurs erstreckt sich auf drei bis vier Abende und findet jeweils freitags statt. Für jeden Abend ist eine Mark zu entrichten. Woher Wert wird aber darauf gelegt, daß die Teilnehmer jeden Vortragabend besuchen.

Schreinerstreik. Im Laufe des Dienstags wurden die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen und auch eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt. Die Arbeiter nahmen infolgedessen am Mittwoch die Arbeit wieder auf.

Die Arbeiterjugend. Jugendgenossinnen und -Genossen! Der Sommer naht seinem Ende. In wenigen Wochen zieht der Herbst ins Land, die Abende werden wieder länger. Es kommt die Zeit, die die Arbeiterjugend und ihre Jugend ausüben muß zur geistigen Erholung und Weiterbildung. Die arbeitende Jugend vor allem darf die Zeit, die ihr zur Erholung verbleibt, nicht unnütz verstreichen lassen. Durch die Revolution ist das Maßalter auf 20 Jahre herabgesetzt worden, dem schulentlassenen Arbeiter verbleibt somit nur eine kurze Spanne Zeit, um sich in die sozialistische Weltanschauung einzuarbeiten. Der Arbeiterjugendverein will ihm da mitwirken, in dem Geiste der Revolution weiter zu bauen.

In diesem Zwecke kommt die schulentlassene arbeitende Jugend jeden Donnerstags abends von 7 1/2 bis 10 Uhr zusammen. In den Vorträgen aus dem Gebiete der Geschichte, der Gesellschaftswissenschaft, der schönen Literatur, der sozialen Bewegung, der Naturwissenschaft, der Gesundheitslehre und Technik wird das Wissen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen bereichert, findet das, was sie von der Schulbank mitbringen, Ergänzung und Erweiterung. In Diskussionsabenden soll sich die Jugend im Sprechen üben, gemüthliche Unterhaltungen und Spiele dienen der körperlichen Erholung. Um den Körper gesund zu erhalten, werden Wanderungen veranstaltet. Eine Wanderpartei, die eingerichtet ist, soll die Jugend veranlassen, ihr weniges Geld zu sparen. Außerdem wird jeden Mittwoch die „Arbeiterjugend“, die alle 14 Tage erscheint, geliefert. Da in den Veranstaltungen der sozialistischen Arbeiterjugend weder getrunken noch geraucht wird, so entstehen keine Unkosten für die Besucher.

Das Programm, das die Jugend für den Monat September aufgestellt hat, lautet: Am 4. September Spielabend, 11. Sept. Leses- und Diskussionsabend, 1. Sept. Vortrag: Schillers Leben, 21. Sept. Tagesausflug: Königsbach, Stein, Kallstettersee und Maulbrunn, 28. Sept. Spielabend.

An die Eltern und Arbeiter in Werft und Büro ergoht die Mahnung: macht die Jugend auf den Jugendbund aufmerksam, schick sie in die Veranstaltungen. Nur dann, wenn die Jugend in unserem Geiste weiter gebildet wird, kann das vollendet werden, was ihre Väter begonnen haben.

Bruchsal. Allgemeines. Die Krankenkasse Bruchsal. Am Sonntag, 31. August ds. J., fand eine Ausschuß-Sitzung der Kasse statt, die verhältnismäßig gut besucht war. An Stelle des ortsbewohnenden Vorsitzenden Herrn Stepha, leitete Herr Dorlebensoffenredner Emmer die Sitzung. Die Tagesordnung wickelte sich rasch und geordnet ab. In einzelnen ist zu bemerken, daß der Kassenvorstand, Herr F. Holoch, den Rechnungsabluß pro 1918 an Hand der gedruckten Ausgabe nochmals eingehend behandelte. Im Gegensatz zu früheren Jahren zeige die Kasse im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Rückgang ihrer Finanzen (Vermögensabnahme mit über 27 000 M) und auch das 1. Halbjahr 1919 ergebe bereits eine Ungünstigkeit der Einnahmen gegenüber den Ausgaben von über 30 000 M. Der Kassenvorstand sehe sich daher genötigt, eine Beitragserhöhung von 1 % in Vorschlag zu bringen, da den Krankentassen weiterhin wohl noch ungeahnte Lasten aufgebürdet würden. Punkt 2 und Punkt 3 der Tagesordnung fand daher in getrennter Abstimmung einstimmige Annahme, wonach die Beiträge ab 8. September ds. J. um 1 % erhöht werden. Bei Punkt „Verchie-

denes“ äußerten Vertreter mehrfach Wünsche und Anregungen, mit denen der Vorstand sich in seinen nächsten Sitzungen zu befassen haben wird. Zum Schluß entfaltete der Kassenvorstand Herr Holoch noch ein eingehendes Bild über das Erhaltungszustand der Kasse und dessen Bemühung durch die Kassenglieder. Er gab namentlich bekannt, daß in diesem Jahre eine weit größere Zahl Aufnahmebedürftiger vorhanden sei, als im Vorjahre, so daß es immer einige Zeit dauere, bis die Vorgemerkten zur Aufnahme kommen können. Die erzielten Erfolge seien als durchaus gute zu bezeichnen und er nehme gerne Veranlassung, der Vorsteherin und Köchin im Heim die volle Anerkennung der Kasse für ihre Tätigkeit und Behandlung der Aufgenommenen auch an dieser Stelle auszusprechen. Die Zurückgekehrten hätten nur eine Stimme des Lobes über die Einrichtung und dies sei wohl auch der beste Beweis, daß die Kasse mit der Anbahnung des Heimes eine segensreiche Einrichtung für die Mitglieder geschaffen habe. Es gebühre aber auch den Spendern und Stiftern, die zur Ausschmückung des Heimes beigetragen haben, herzlichen Dank. Damit war die Tagesordnung erschöpft und konnte der Vorsitzende die anwesende verlaufene Ausschusssitzung gegen 11 1/2 Uhr schließen.

Statistisches der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal. Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. September 1919 insgesamt 6384 gegenüber 8372 im Vormonat und zwar 4156 männliche und 2228 weibliche Mitglieder; arbeitsunfähig Kranke und Mitglieder wurden gezählt 189 gegenüber 223 am 1. August 1919. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. September 1919 in Bruchsal beschäftigt 5218 insg., 514 Dienstboten gegenüber 5217 einschließlich 628 Dienstboten im Vormonat; in den umliegenden 16 Landgemeinden 8166 gegenüber 8166 im Vormonat.

Kassatag. Den Delegierten zum Kassatag sowie den Genossen vom Gesamtverband der hiesigen Mitglieder wurde bekannt gegeben, daß am Freitag den 5. September, abends 8 Uhr, im Lokal zum „Anker“ nochmals eine Sitzung stattfinden betreffs Kassatag. In Anbetracht der wichtigen Besprechung wird vollständiges Erscheinen aller hierfür in Frage kommenden Genossen und Genossinnen erwartet. Auch die Mitglieder sind ebenfalls mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen eingeladen.

Gruppentag des Deutschen Werkmittelverbandes. Am Sonntag fand im „Linden“ Saal eine Tagung der Werkmittel Mittelbadens statt, bei der 22 Bezirksvereine vertreten waren. Ingenieur Kiefer aus Karlsruhe hielt ein hochinteressantes Referat über „Ortsortell-Ausschuß und Betriebsräte“. Er war der Ansicht, daß der deutsche Handel vor dem Krieg auf seine Profitgier eingestellt gewesen sei und deutsche Arbeit im Ausland billiger betrieben wurde — auf Kosten der Arbeitnehmer —, als sie im Lande erhältlich war. Die Angestellten müssen sich wirtschaftspolitisch betätigen und dürfen nicht mehr zur Sammelherde der Kapitalisten werden. In der Zukunft wird es sich zeigen, daß das Volk den Krieg gewonnen hat, das es verlor, seinen Angehörigen die vernünftige sozialpolitische Gesetzgebung und somit den Aufstieg zur Sonne zu geben. — Es wurde beschlossen, den nächsten Gruppentag in Gernsbach stattfinden zu lassen.

Vortragskursus. Am Sonntag begann vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft Gen. Dr. Kraus seinen Vortragskursus mit einer Einführung in das Erfurter Programm und einer Abrechnung der gegenwärtigen Aufgaben der Sozialdemokratie. Seine Ausführungen waren getragen von der ersten politischen Erkenntnis: Politik ist die Kunst des Möglichen. Davon ausgehend, verweist er die von den radikalen sozialistischen Parteien beschrittenen Wege, die sich lediglich auf trügerische Hoffnungen stützen, umförmiger als die politischen Forderungen des Erfurter Programms zum größten Teil erfüllt seien, er fordert dagegen in einem gesunden Realismus, daß auf wirtschaftlichem Gebiete sich die Arbeiter die Rechte aneignen, die sie sich kraft ihrer Macht aneignen können. Der zweite Teil des Erfurter Programms könne für uns kein Aktionsprogramm mehr sein. In den positiven wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart beruhe das Erfurter Programm. Ausdrücklich sprach der Redner sodann von der Zerspaltung der sozialistischen Parteien. Gen. Dr. Kraus stellt die Ursache der jetzigen Krise nicht in der Mißstimmung und in der Verheerung der Massen, sondern in der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staate vor dem Kriege, während des Krieges und nach der Revolution. So könne es nicht bleiben. Politik arbeiten können wir nur, wenn wir die Sozialistengesellschaft energisch durchzuführen. Das sei aber nur möglich, wenn das Proletariat geschlossen sei. Der reiche Befehl, den Gen. Dr. Kraus am Schluß seiner Ausführungen erteilte, war ein Befehl, daß auch die Zuhörer mit seiner Meinung übereinstimmen. Am Sonntag, 14. September, wird der zweite Vortrag über „Demokratie und Rätesystem.“ — Betriebsräte“ stattfinden.

Baden-Baden. Tarif für die Angestellten der Industrie. Das Ortskomitee der Angestellten-Verände hat nach einem Referat des Ingenieurs F. u. h. m. a. n., der als Vertreter des hiesigen Komitees an den Verhandlungen des Schlichtungsausschusses teilgenommen hat, den sogenannten Industrie-Tarif einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, diesem Tarif durch das Reichsarbeitsamt gesetzliche Kraft zu verschaffen zu lassen und zwar mit Gültigkeit für die Amtsbezirke Baden und Nassau, um auf diese Weise alle Firmen erfassen zu können.

Wahl. Die Elektrizitätsversorgung. In der Dienstag nachmittags stattgefundenen Bürgerausschusssitzung wurde wiederum, und zwar nun zum dritten Male, die Einführung des elektrischen Stromes behandelt. Bei der ersten Verhandlung, die schon Anfang des Jahres mit der Elektrizitätsgesellschaft geschlossen wurde, wurde vonseiten des damaligen Herrn Bürgermeisters der Versuch gemacht, den von der Gesellschaft festgesetzten Preis etwas herunterzubringen. Das Ergebnis dieser Unterhandlung war aber ein negatives. In der nun folgenden zweiten Bürgerausschusssitzung wurde eine Geldaufnahme von 240 000 M bewilligt für eine Hochspannungsleitung. Da nun die Elektrizitätsgesellschaft der Gemeinde die Leitung eines Kabels als vorteilhafter empfahl, so wurde in der Sitzung am Dienstag die Summe auf 420 000 M erhöht und genehmigt. Da die Gasverhältnisse in hiesiger Stadt vollständig ungenügend sind, wäre eine rasche Einführung der elektrischen Kraft sehr erwünscht. Unerlässlich ist es nur, wie jetzt noch nach dreierlei-jährigen Unterhandlungen und Berechnungen mit einer Firma nochmals Kostenberechnungen von anderen Firmen eingeholt werden sollen. Bekanntlich haben diese Großfirmen doch untereinander Kartellabschlüsse, es wird daher außer einer Verzögerung und einer eventuellen weiteren Mehrforderung von 60—80 000 M wenig herauskommen.

Wahl. Am Samstag, 6. Sept., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Wolff“ Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung sind unsere Mitglieder und Gemeindevorsteher dringend eingeladen und erwarten wir vollständiges und pünktliches Erscheinen.

Niederbühl. Heute Donnerstag abend 9 Uhr findet im Gasthaus zum „Birch“ eine Parteiverammlung statt, zu der das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen, da die Tagesordnung wichtig ist, sehr erwünscht ist.

Lehr, 2. Sept. Zwischen der Stadt Lade und der Nachbar-

Willingen, 3. Sept. Die Preiselbeerernte wird sehr gut aus-

Wesmlingen bei Oberach, 4. Sept. Als ein Städt. Land-

Radolfzell, 3. Sept. Die Vergungsarbeiten des saum einer

Die Entlohnung der Ausbeiter. Amlich wird mitgeteilt:

Genennungen und Jurisdiktionen. Im Staatsanzeiger wird

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 4. September.

Freizeitpaziergänge.

Heute findet wieder ein Rinderausflug nach dem

Die Gruppe Weststadt besucht heute den Stadtgarten

Verein Arbeiter-Jugend (Freie Jugend) Karlsruhe. Heute

Seit heute abend Brauerverammlung! In der „Gold. Krone“

Ein neues Verfahren zum Öffnen von Einschlaglöchern. Die

Arztliche Untersuchung von entlassenen Heeresangehörigen mit

rechtzeitig erscheinen. Letzteres jüdet den Geschäftsgang; in er-

Bon der Post. Beim Postamt Karlsruhe-Güldenwinkel ist für

Militärparade. Das Heilige Grenadierbataillon I beurlaub-

Die Neuordnung der Miete am Landestheater. Die General-

Durch diese Neuordnung hofft die Theaterleitung den

Landestheater. Zu Beginn der neuen Spielzeit findet Mont-

Diebstahl. In der hiesigen Straßenbahn oder im Hauptbah-

heute aus der Landesversammlung ausgetreten mit der Be-

Der Protest wegen des angeblich verletzten parlamentarischen

Protest der Südtiroler.

W.W. Jansbrud, 3. Sept. Der Bund für Südtirol hat an den

Die Freilassung der Gefangenen.

Amsterdam, 3. Sept. Die englischen Wälder vom 1. Sep-

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland,

Verbandsanzeiger.

Karlsruhe, (Deutscher Metallarbeiterverband, Heizungsmonteure.)

Karlsruhe. (Arbeiter-Sängerkreis.) Morgen Freitag abend

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“.) Freitag, den 5. Sept.

Letzte Nachrichten.

Wiedereröffnung des badischen

Bahnhofes in Basel.

Karlsruhe, 3. Sept. Wie und von unterrichteter

U. S. P. u. parlamentarischer Anstand.

Karlsruhe, 3. Sept. Wie die „Braunschwei-

Der heutigen Stadtauflage liegt die Flugchrift

„Wohnungsnot und Heimstättengesetz“ herausgegeben vom

Stadtschulinspektor, Karlsruhe, 3. Sept. Wie die „Braunschwei-

Ziegenzucht-Berein Karlsruhe. Hen angekommen. Abgabezeit: 6000

Riefer. Wir suchen zu möglichen sofortigen Eintritt

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Zu verkaufen: 2 Zinsbodenwägen, eine

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Einwaschmaschine. Etwas angegrübte

Zigaretten. 100 Stück 10 Mk., gibt ab

Bettmatten. Kein Bettmatten mehr.

Bekanntmachung.

Diesigen entlassenen Seeresangehörigen, welche Rentenansprüche beim Bezirkskommando gestellt haben und aus diesen oder ähnlichen Gründen zur ärztlichen Untersuchung hierher bestellt werden, werden dringend ersucht, dieser Aufforderung pünktlich nachzukommen, oder umgekehrt eine Mitteilung über die Unmöglichkeit ihres Erscheinens hierher gelangen zu lassen.

Alle, welche vorstehender Aufforderung nicht nachkommen, schädigen das Wohl ihrer Kameraden, da die für die Untersuchung anberaumte Zeit unbenutzt bleibt und neue Leute nicht mehr rechtzeitig bestellt werden können.

Karlsruhe, den 2. September 1919.

Bezirkskommando Karlsruhe.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei Strafvermerken vermietbare Wohnungen und Wohnräume (möbl. oder unmöbl.) beim Wohnungsamt anzumelden sind. Sämtliche Mietverträge über Wohnungen, Läden und Werkstätten bedürfen der Genehmigung des Wohnungsamts. Aus einem beim Wohnungsamt nicht angezeigten Vertrag kann der Vermieter keine Ansprüche geltend machen. Mietverträge über Wohnungen und Wohnräume, deren Vermietbarkeit beim Wohnungsamt nicht angemeldet wurde, können nicht genehmigt werden.

Ferner wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Vermieter von Wohnräumen, Läden und Werkstätten ein Mietverhältnis nur mit vorheriger Zustimmung des Wohnungsamts kündigen können.

Karlsruhe, den 1. September 1919.

Der Stadtrat.

Berföhrung mit Seife und Seifenpulver.

Nach einer Mitteilung der Seifen-Fabrikations- und Vertriebs-Gesellschaft Berlin vom 2. September 1919 ist der Kartenzwang auch für Fein-, Kern- und Kastenseife aufgehoben.

Innere Bekanntmachung vom 28. August 1919 ist dadurch hinfällig geworden.

Karlsruhe, den 3. September 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Fleisch-Verteilung.

In der laufenden Woche vom 1.-7. September 1919 kommen

125 g Fleisch gegen $\frac{1}{10}$ Fleischmarken und 50 g Wurst $\frac{1}{10}$

zur Verteilung.

Karlsruhe, den 3. September 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Verkehr mit Zwiebeln und deren Erzeugerhöchpreis betreffend.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 18. August (Karlsruher Zeitung Nr. 192 vom 19. August) wird auf Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst der Erzeugerhöchpreis für Feilzwiebeln mit sofortiger Wirkung auf 12 Pfennige für das Pfund festgesetzt.

Zugleich wird hiermit bekannt gegeben, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst ihre Bekanntmachung vom 5. Juni 1919, betreffend Zwangsbezwirtschaftung der Zwiebeln, aufgehoben hat.

Karlsruhe, den 16. August 1919.

Badische Gemüseverföhrung.

COLOSSEUM.

Ab Samstag den 6. September:

Der Graf von Luxemburg

ein heiteres Gesellschafts-Spiel von Willi Agoston sowie Auftreten der übrigen erstklassig. Spezialitäten.

Colosseum-Kasse täglich vormittags von 11 bis 12 $\frac{1}{4}$ Uhr geöffnet.

Badisches Landestheater.

Die neue Spielzeit wird mit Webers „Freischütz“ am Sonntag, den 7. September, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, eröffnet.

Spielplan.

Sonntag, 7. „Der Freischütz“ 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Montag, 8. zum erstenmal: „Der Hühnerling“ 7. — Dienstag, 9. „Rigoletto“ 7.

Allg. Ortskrankenkasse Bruchsal.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Herren Arbeitgeber und Kassennmitglieder, daß durch einstimmigen Beschluß des Ausschusses ab Montag, den 8. September 1919, die Klassenbeiträge von 4 $\frac{1}{2}$ % auf 5 $\frac{1}{2}$ % erhöht werden und betragen solche nun pro Woche in Lohnstufe I. . . 83 Pfg. in Lohnstufe VI. 198 Pfg. II. . . 66 „ VII. 231 „ III. . . 99 „ VIII. 264 „ IV. . . 132 „ IX. 297 „ V. . . 165 „ X. 330 „

Deckstreifen zu den früher ausgegebenen Tabellen über die bisher geltenden Sätze sind nach deren Fertigstellung bei der Kassenverwaltung erhältlich.

Bruchsal, 2. September 1919.

Der Kassenvorstand:

H. Soloch, Vorsitzender. E. Schäfer.

Möbel
Wohnungseinrichtungen
in grosser Auswahl und verschiedenen modernen Ausführungen.
Gebr. Bär
Karlstraße 115, Eingang Adlerstraße
mäßige Preise. — Besichtigung ohne Kaufzwang.
Telefon 4997
In Einzel-Möbel
wahrscheinliches Lager in allen Sorten und Stilarten.
Kostenlose Aufbewahrung
Reellste Bedienung
Welt-geschätzte Garantie

Auffallend billiges Angebot!
Baumwollene Strickjacken 65.— u. 85.—
Seidene Strickjacken 125.— u. 175.—
Seidene und wollene Damenwesten 125.— u. 165.—
Wollene Kostümröcke 34.50 u. 45.—
Gabardine und Ripsmäntel 165.— u. 245.—
Wollene Kostüme auf Halbseide . . . 145.— u. 195.—
Wollene Uebergangs-Paletots 95.— u. 135.—
Baumwollene Flanell-Morgenkleider 85.— u. 110.—
Weiße u. farbige Waschblusen u. Sommer-Kleider zu besonders billigen Preisen.
M. Schneider, Inh. H. Kahl
Erbprinzenstr. 31 Ludwigsplatz. 6004

Spanische Weine.
Alicante * 14—14 $\frac{1}{2}$ 0
Alicante Manovar** 14 $\frac{1}{2}$ —15 0
Panades Weißwein 11 0
Mancha Weißwein 13 0
Montagner 12 0
Utiel Rotwein 12 0
* Roter Verschnittwein
** Roter Verschnittwein
sind eingetroffen und offeriere solche billigst
Franz Fischer & Cie.
Weingroßhandlung, Wein- u. Trauben-Import.
6005

Post-Konservatorium
Adlerstr. 33 für Musik Telef. 1940
Seminar f. die Ausbildung v. Musiklehrern u. Lehrern, Opern- u. Schauspielerschule
Beginn des neuen Schuljahres
Montag, 8. September.
Unterricht in allen Zweigen der Musik sowie Gesangsunterricht.
Prospekte in allen hiesigen Musikalienhandlungen, sowie im Konservatorium.
Das Violinspiel wird nach der Post-Methode, einer leichtfasslichen Schule gelehrt, wodurch das Violinspiel ohne Schwierigkeiten zu erlernen ist. Anmeldungen täglich (ausser Sonn- u. Feiertags).
Direktor Hermann Post, Karlsruhe, Adlerstr. 33

Eine Zierde jeden Haushalts sind unsere fein geschliffenen und polierten
Aluminium-Eckbestecke
bester Ersatz für Silber.
Lafelmesser 20.—, Dessertmesser 31.— (best. Solinger Stahl), Eßlöffel 12.50, Gabel 12.50, Kaffeelöffel 9.50, Küchenlöffel 10.— (alles Dugend-Preise). Nur direkt gegen Nachnahme durch
Dr. Geiser, Metall-Industrie, Kirchheim/Teck (Würtbg.) 96.

Elegante Herren-, Damen- und Knaben-garderobe
fertig schnell und billig Umarbeiten — Reparaturen.
Anton Auhn, 2800
Hauptstr. 20, S. 1/III.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.
Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Stassfurter).
Mutterlauge und Schwefel-(Thio-pinol)-Bäder.
Badezeit für Herren u. Damen: Vormitt. von 9—1 Uhr und nachmittags von 2 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Samstags bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
5 Ziehungen mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über 6000
72 Millionen Mark.
3. Zieh. der 240. Lotterie 11. und 12. September.
Kauflose zu haben:
 $\frac{1}{4}$ Los 20 M., $\frac{1}{2}$ Los 31.50,
 $\frac{1}{4}$ Los 63.—, $\frac{1}{2}$ Los 126.—
Erneuerung der Lose vor dem 6. Sept. erbeten.
Pecher, Lotterie-Zirkel 30
Gewerbe- u. Fortschrittsbank, gegenüber d. Bad. Presse

See-Fische
Cabliau, Seelachs, Schellfische
frisch eingetroffen.
Ausgabe Freitag vormittag von 8 Uhr ab.
Westend-Halle Mühlburg.

Jüngere geübte
Arbeiterin für Blusen-Atelier
per sofort oder später gesucht.
Persönliche Vorstellung unter Vorlage der Lehrzeugnisse u. weiterer Referenzen erwünscht.
Gebrüder Ettliger
Kaiserstrasse Nr. 199, Hinterhaus.

Süchtige Stenotypistinnen
für sofort und später gesucht.
Meldungen von nur tüchtigen Bewerberinnen unter Vorlage von Zeugnissen beim
Städt. Arbeits-Amt
Bähringerstraße 100. Zimmer 11.

ALA Chemfabrik & Frankfurt
besten Schuh-Putz.
Zentralbüro: Beckenhheimer-Idstr. 19
Tel. Icaunus 1761/52, Hansa 7979.

Preiswerte interessante Bücher.
Modernes Tanzlehrbuch m. 100 Abbildungen nur 2 M. 8.—. Glück u. Erfolg in der Liebe für Damen u. Herren 2 M. 8.—. Der angenehme Gesellschafter 2 M. 8.—. Das große Traumbuch nur 2 M. 2.—. Nachnahme 20 % mehr. Ausführl. Preisliste kostenlos.
D. Fischer, Verlag, Berlin-Palensee 414.

Zu verkaufen:
2 Saffo-Anzüge, D. 23.48
fotv. einige Knabenanzüge
Deumann, Kirchstr. 40.

Gebrüder Scharff
Wir empfehlen:
Feinste franzö.
Oel-Sardinen
Marke:
Kerlas Dose 2.—
Poiget „ 3.25
Nonparelles „ 4.—
Yachtclub „ 4.—
Sardinen in Oel und Tomaten Dose 2.55.